

verbreiteten. Dasselbe Versagen gegenüber den Forderungen der Gerechtigkeit sah er jedoch auch im Hinduismus und bei allen anderen Religionen. Selbst die Sozialisten schienen ihm keinen wirklichen Einsatz für die Gerechtigkeit zu wagen. Einzig der Kommunismus erschien ihm als die Kraft, die eine neue gerechte Ordnung schaffen kann. Auf einem Fragebogen, auf dem er die Frage beantworten mußte, warum er Kommunist geworden sei, antwortete er: „Weil ich Christ bin“.

Viele Studenten kommen auf dem gleichen Wege zum Kommunismus, werden aber mit der Zeit meist leidenschaftliche Atheisten und verwerfen alle moralischen Gesetze. Sie folgen dann dem Befehl Lenins: „Wir müssen bereit sein zu täuschen, zu verraten, das Gesetz zu brechen und die Wahrheit zu verbergen“.

„Wenn in der Revolution, die heute über Asien hingeht“, so sagt M. Sherwood Eddy, „die mächtige Waffe der wirtschaftlichen Forderungen den Kommunisten überlassen worden ist, so habe ich in der Tat feststellen müssen, daß die Christen Indiens und Ceylons, Japans, Koreas und Chinas (wie übrigens auch die Mehrzahl der Christen Amerikas) sich nicht rühren und blind, taub und stumm vor den Forderungen der Gerechtigkeit sind. Der Ruf der Stunde ist es, daß wir unser eigenes Haus in Ordnung bringen, daß wir Gerechtigkeit für alle fordern und gewähren“.

Ökumenische Nachrichten

Lutherische Theologen und die Projekte zur Kalenderreform

Aus einem merkwürdigen Anlaß hat der sonst in der interkonfessionellen Verständigung lebhaft mitarbeitende lutherische Bischof Dr. Wilhelm Stählin Papst Pius XII. angegriffen. Bischof Stählin bekämpft den Vorschlag der UNO zur Kalenderreform, bei der das Osterfest auf den 8. April festgelegt werden sollte. Dadurch würde „der unaufgebbare Zusammenhang des christlichen Osterfestes mit dem Passahfest des Alten Bundes... und sodann der Zusammenhang dieses Festes mit den der Schöpfungswelt eingestifteten kosmischen Rhythmen und Ordnungen zerstört... Es ist zu fragen, ob nicht solche rationale Verachtung kosmischer Zusammenhänge als eine Form des empörerischen Ungehorsams gegen den in seiner Schöpfung manifestierten Willen Gottes zu beurteilen ist“. Einem Gerücht zufolge habe, so schreibt Bischof Stählin, Papst Pius XII. diesem Vorschlag der UNO zugestimmt. „Aber wir vermögen diesem Gerücht einstweilen keinen Glauben zu schenken, weil es zu ungeheuerlich wäre, wenn das Haupt der römisch-katholischen Kirche in solcher Weise der Zerstörung einer christlichen Überlieferung von eineinhalb Jahrtausenden zugestimmt hätte“. Dr. Stählin findet überhaupt Papst Pius XII. zu neuerungssüchtig, was sich auch in der Einführung eines neuen Psalters für den liturgischen Gebrauch in der römisch-katholischen Kirche verrate, einer Übersetzung, von der namhafte katholische Liturgiker sagten, sie sei gedacht, nicht gebetet. So daß der Papst also den altehrwürdigen Vulgatatext „auf dem Götzenaltar der Vernunft und Nützlichkeit geopfert“ habe.

In dem gleichen „Deutschen Pfarrerblatt“ vom 1. Juni, in dem Bischof Stählin diesen Angriff auf den Papst zum Schutz der Überlieferung in der katholischen Kirche macht, findet sich zum Glück auch eine Verteidigung so-

wohl der Kalenderreform als auch Papst Pius' XII., ebenfalls aus der Feder eines lutherischen Pastors, Dr. Scriver, Ockholm. Dieser weist darauf hin, daß der gregorianische Kalender seinerseits ja auch kein Urbestandteil der christlichen Welt sei, an dem man unter allen Umständen festhalten müsse. „Warum müssen wir Protestanten denn päpstlicher sein als der Papst?“ „Darf ein Christ nicht auch einmal etwas Auferstehungskraft haben und sich nicht einmal erleichtert erheben über christlich gesehen gar nicht allzu gewichtige theologische Gründe?“

Was aber die Sache selber angeht, so bemerkt Dr. Scriver, sicher mit Recht (und auch für katholische Theologen durchweg gültig), daß wohl kaum einer unter den Theologen in Bezug auf den Kosmos und seine Ordnungen ein wirkliches Wissen habe, so daß er darüber urteilen könne, wie weit man den göttlichen Schöpfungsrhythmus nur aus den Mondrhythmen erfahren könne und ob die Fixierung des Osterfestes nicht vielleicht als „Einbruch der Heilsgeschichte in die Mondgeschichte“ aufgefaßt werden dürfe. „Das einmalige historische Faktum des Christusereignisses hat aber auch hier ‚Zusammenhänge‘ zerrissen (wie den Vorhang im Tempel) und neue andersartige Bindungen gesetzt. Ich lebe jetzt in täglicher geistiger Verbindung mit der Christussonne und nicht mehr im Rhythmus des Mondes“.

„Dein Reich komme“

Dr. Heinrich Spaemann berichtet im „Michael“ am 11. Juni von einer Vortragsreihe über Wiedervereinigung im Glauben, bei der mehrere hundert katholischer und evangelischer Studenten anwesend waren und zum Schluß ganz fühlbar das Bedürfnis nach einem gemeinsamen Schlußgebet hatten. Es gab aber kein Gebet, das die Mitglieder der verschiedenen Konfessionen gemeinsam hätten sprechen können, nicht einmal das Vaterunser, weil hier bei den Katholiken die zweite Bitte abweichend lautet: „Zu uns komme Dein Reich“. Bis ins Vaterunser hinein hat also die Glaubensspaltung ihren Ausdruck gefunden. Heute ist aber vielleicht die Zeit gekommen, wo man der Sehnsucht nach Wiedervereinigung aller Christen wenigstens darin Ausdruck geben könnte, daß man dem Gebet des Herrn wieder einen einheitlichen Wortlaut gäbe, wie er dem Urtext entspricht.

Ist eine solche Änderung praktisch durchführbar? Dr. Spaemann führt hier den Erlaß der holländischen Bischöfe vom Jahre 1934 an, mit dem sie den ebenfalls in Holland seit der Reformation bestehenden Unterschied im Wortlaut des Vaterunsers zwischen Katholiken und Protestanten durch Verordnung abschafften. Statt „Toe kome ons uw Rijk“ (Zu komme uns Dein Reich) heißt es nun „Uw Rijk kome“ (Dein Reich komme). Alle katholischen Gebetbücher Hollands mußten entsprechend abgeändert werden. In Holland beten also Katholiken und Protestanten heute seit 15 Jahren wieder das Gebet des Herrn im gleichen Wortlaut.

Wie ist es überhaupt zu der Spaltung gekommen? Der griechische Text heißt in wörtlicher Übersetzung: „Dein Reich komme (an)“. Die meisten Völker der Erde haben diese Bitte auch so übersetzt. (So betet England: „Thy Kingdome come“, Frankreich: „Que votre règne arrive“). Im deutschen Sprachgebiet glaubten die Übersetzer die Bitte verständlicher zu machen, wenn sie „zu uns“ hinzufügten, was aber nicht aus Jesu Mund stammt. Diese Fas-

sung schien dem deutschen (und niederländischen) Sprachgefühl entgegenzukommen und den Sinn des Urtextes nicht zu verändern. Aber wenn die holländischen Bischöfe sich nun entschlossen haben, sich so eng wie die anderen Völker und wie auch die Protestanten an den Urtext anzuschließen, so haben sie dafür gewichtige Gründe, worunter der erste eben dieser engere Anschluß an den heiligen Text selber ist.

Zweitens wahr aber die Übersetzung „Dein Reich komme“ auch die von Christus sicher beabsichtigte innere Einheit der ersten drei Vaterunserbitten. „Seiner Mahnung gemäß ‚Suchet zuerst das Reich Gottes . . .‘ will der Herr unseren Sinn in den drei ersten Bitten ungeteilt auf das, was des Vaters ist, gerichtet wissen. Gottes Sache soll gesucht werden: Dein Name, Dein Reich, Dein Wille. Wenn wir der zweiten Bitte die Worte ‚zu uns‘ voranstellen, denken wir leicht unwillkürlich zuerst an unsere eigenen Anliegen, für die wir Gott brauchen, an unsere Not, an unsere Angehörigen und Verwandten, an bestimmte Menschen. So wird die Bitte auf unser privates Blickfeld eingeeengt. Dann kommt aber der weite und tiefe Inhalt des Wortes ‚Dein Reich‘ nicht mehr recht zur Ausschwingung in unserem Bewußtsein. Die zweite Bitte will aber, daß die Herrlichkeit und Größe des Gottesreiches und seine Vollendung bei der Wiederkunft in unserem Bewußtsein stehen. Unsere Armut und Not kommen in den vier letzten Bitten zum Ausdruck.

Drittens soll das Vaterunser nach Christi Willen vor allen anderen Gebeten der Einheit die Wege bereiten. Die Fassung ‚Dein Reich komme‘, an der die evangelischen Christen nicht zu Unrecht festhalten, gibt die Möglichkeit, das Gebet des Herrn mit allen getauften Christen in wörtlicher Übereinstimmung zu beten: dem inneren Rang nach ein erstwichtiger Schritt zur Wiedervereinigung im Glauben.“

Übrigens würde diese Änderung des uns geläufigen Wortlauts des Vaterunsers im engeren Anschluß an den Urtext auch durchaus im Sinne anderer Neuerungen sein, die der Heilige Vater in liturgischen Texten begünstigt hat, so des neuen Psalters oder der nun schon eingebürgerten richtigeren Übersetzung der Wendung „perfidia judaei“ in der Karfreitagsliturgie, die wir im Deutschen früher mißverständlich mit „treulose Juden“ wiedergaben, während wir heute wissen, daß die „Perfidia Judaeorum“ ihre Ungläubigkeit ist.

**Asmussen
zur Botschaft
von Bischof Dibelius**

Die weittragende Bedeutung der Pfingstbotschaft von Bischof Dibelius (vgl. Herder-Korrespondenz H. 10, S.

450) geht aus dem Echo hervor, das Präsident D. Asmussen in folgende Worte faßt:

„Die Kanzelerklärung, die in Berlin-Brandenburg am Pfingstsonntag gehalten wurde, schafft nicht nur eine neue Lage für die Kirchen in der Ostzone, sondern auch für uns im Westen. . . . Das erste, was zu sagen ist, betrifft unsere Zuordnung zu den Brüdern im Osten. Sie haben geredet. Es muß hier jeder von uns, vor allem jede Kirchenleitung und jeder Pfarrer, aber auch jeder Christ, deutlich an den Tag legen, daß wir die Mithaftung für das übernehmen, was unsere Brüder getan haben. Wir leben nun einmal in einer EKD zusammen. Wenn das mehr bedeuten soll als eine organisatorische Tatsache, dann heißt das, daß wir mit unseren Brüdern im Osten stehen und fallen. Wer dazu

nicht bereit ist, der tritt aus einem Kreise heraus, in welchem man um Christi willen verbunden ist und verbunden bleiben will. Es genügt nicht, daß wir still hinnehmen, was unsere Brüder angefangen haben. Wir müssen uns zu ihrem Weg bekennen, so daß jeder sehen kann, daß wir es aus innerer Notwendigkeit tun und nicht, weil wir etwa vom Osten dazu gerufen worden wären. Die Christenheit im Westen steht zur Christenheit im Osten, weil sie ein Leib mit ihr ist.

Die Kanzelerklärung stellt fest, daß Gewalt, die über Recht hinweggeht, innere Unwahrhaftigkeit und Feindschaft gegen das christliche Evangelium sich breit machen. Wir sagen dazu, daß wir im Westen nicht dankbar genug dafür sein können, daß wir es hier noch so viel besser haben. Aber wenn wir das sagen, so nehmen wir damit die Verpflichtung auf uns, gegen alle Ansätze des Unrechts, der inneren Unwahrhaftigkeit und der Feindschaft gegen das Evangelium, die sich bei uns geltend machen, zielbewußt zu Felde zu liegen.

Die Kanzelerklärung sagt, daß die Gestapo unseligen Angedenkens im Osten wieder erstanden ist. Dazu haben wir zu sagen, daß wir im Westen nicht dankbar genug sein können, daß uns die große Gabe persönlicher Freiheit noch geschenkt ist. Sie kann uns morgen genommen werden. Darum muß sie noch heute genutzt werden, um die Würde und die Freiheit des Menschen unter uns zur vollen Geltung zu bringen. Es leistet hier im Westen ein jeder, er sei Politiker oder Wirtschaftler oder Theologe, jenen Mächten des Unheils Vorschub, der nicht wirksam daran mitarbeitet, daß jeder im Westen ein menschenwürdiges Dasein führen kann.“

Asmussen schließt mit der Aufforderung, wir sollten uns, solange dazu noch Zeit ist, mehr als bisher darum bemühen, „für das Zusammenleben aller christlichen Konfessionen Formen zu finden, in denen wir ein jeder sein Bekenntnis erfüllen kann und doch so nahe zusammenstehen, wie es um der Wahrheit willen nur möglich ist. Das ökumenische Leben muß bei uns in Deutschland anfangen unter Ausschluß schwärmerischer Überbrückungen und ungeistlicher Enge.“

**Die EKD
zur Politik**

Auf ihrer Sitzung am 3. Mai beschäftigte sich die Kirchenkonferenz der

EKD, zu welcher die Kirchenleitungen der angeschlossenen Gliedkirchen je ein Mitglied entsenden, unter Leitung von Bischof D. Dibelius mit der politischen Verantwortung des evangelischen Christen in Deutschland. Es liegt auf der Hand, von welcher Bedeutung der politische Einsatz der Christen gerade in den kommenden Monaten sein wird. Dabei war im besonderen die Frage der politischen Aktivität der Pfarrer zu klären. Die Kirchenkonferenz faßte folgende Entschließung:

1. Wir bitten angesichts der künftigen Wahlen und anderer politischer Entscheidungen die Gemeinden, sich mit ihrem Einsatz im politischen Leben auch der Mitarbeit an den Aufgaben der Parlamente und Parteien und in öffentlichen Ämtern nicht zu versagen, sondern sich als Christen auch in diesen Aufgaben zu bewähren.

2. Dagegen halten wir es für unerlässlich, daß die im Amt stehenden Pfarrer sich um der rechten Ausübung ihres Dienstes willen, den sie allen ohne Ansehen der parteipolitischen Zugehörigkeit schuldig sind, von der aktiven Beteiligung an Parlamenten und Parteien fernhalten.

Der Zusammenschluß der 122 reformierten Gemeinden von Nordwestdeutschland (rund 200 000 Seelen) zu einer eigenen „Reformierten Kirche“ mit einem eigenen Kirchenpräsidenten scheint ein entscheidendes Abweichen von dem Kurs, der noch im Anschluß an die Synode der EKD von Bethel im Februar beschlossen worden war (vgl. Herder-Korrespondenz, 3. Jhg., H. 6, S. 288), nämlich der konfessionellen Aufspaltung der EKD entgegenzuwirken. Inzwischen ist aber deutlich geworden, daß die lutherische Kirchenpolitik die Führung der EKD an sich zieht. Das zwingt die Reformierten, sich als eigene Kirche zu konstituieren, ein Ziel, das die Lutheraner seit langem mit Zähigkeit verfolgen, damit innerhalb der evangelischen Kirchengemeinschaften wieder die Ausübung eines auf klarer Bekenntnisgrundlage beruhenden kirchlichen Lehramtes möglich wird. Der von der „Reformierten Kirche in Nordwestdeutschland“ zum Kirchenpräsidenten gewählte Dr. Middendorf war es, der auf der Synode der EKD in Bethel vor der Wahl des 1. Vorsitzenden des Rates im Plenum die Gegenkandidatur Niemöller gegen Dibelius vorschlug und dadurch zu der Konfliktsituation beitrug. Die heutige reformierte Taktik geht offenbar darauf aus, Niemöllers Stellung als Leiter des Kirchlichen Außenamtes zu stärken und wenigstens diese Position für die „Bekennende Kirche“ zu retten.

Das auffallende Zusammengehen der Führung der „Bekennenden Kirche“ mit den Reformierten, das vielen Lutheranern schon seit Beginn des Kirchenkampfes ein Ärgernis war und in alle Reichssynoden der „Bekennenden Kirche“ seit Barmen 1934 einen unheilvollen Zwiespalt hineingetragen hat, wird die VELKD in ihrem Vorhaben nur bestärken, innerhalb der EKD eine reinliche Scheidung von Lutheranern und Reformierten herbeizuführen. In den Landeskirchen Norddeutschlands wird sich dieses Ziel nicht so leicht durchführen lassen. Das zeigt die Verfassung der „Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg“, über die wir an anderer Stelle berichten. Wie tief dieser Gegensatz aber in das Verfassungsleben der Landeskirchen eingreift, zeigt die Tatsache, daß die lutherische Opposition in Hessen-Nassau bei Verabschiedung der Verfassung im März dieses Jahres dem Kirchenpräsidenten D. Niemöller die Führung des Bischofstitels verweigerte, obwohl dieser Titel mit Rücksicht auf die ökumenische Stellung und Tätigkeit D. Niemöllers als notwendig erachtet wurde. Sein Vorgänger im Außenamt, der lutherische Bischof Heckel, Bayern, erhielt 1933 den Bischofstitel, um mit den Kirchenführern des Auslandes auf gleichem Fuße die Angelegenheiten der Deutschen Evangelischen Kirche führen zu können.

Die nahezu völlige Ausschaltung der „Bekennenden Kirche“ aus der Führung der EKD, die mit der Berufung des Lutheraners Dr. Brunoitte zum Leiter der Kirchenkanzlei besiegelt zu sein scheint (Herder-Korrespondenz, 3. Jhg., H. 9, S. 402), ist nicht ohne Rückwirkungen geblieben. Zunächst hatte die „Reformierte Kirche in Nordwestdeutschland“ auf ihrer Generalsynode in Leer den sehr weitgehenden Beschluß gefaßt, den Tagungen der Synode und der Kirchenführerkonferenz der EKD fernzubleiben, bis sie „zu der Annahme berechtigt ist, daß in der EKD an die Stelle eines kirchenpolitischen Machtdenkens wieder der Geist kirchlicher Bruderschaft getreten ist und die EKD nicht nur auf dem Papier, sondern in konkreten Entscheidungen die Erkenntnisse des Kirchenkampfes über Wesen, Auftrag und Ord-

nung der Kirche zur Auswirkung bringt.“ In einer diesen Beschluß begründenden Erklärung heißt es, es sei notwendig, „daß die von der Grundordnung der EKD nicht ausgeschlossene Tendenz einer kirchenpolitischen Orientierung nach rückwärts durch eine einmütige und kraftvolle Betonung derjenigen ihrer Grundbestimmungen überwunden wird, die das Erbe des Kirchenkampfes bejahen und die daraus sich ergebende Verpflichtung anerkennen. Es läßt sich verstehen, daß man in einem rein äußerlich abgefaßten Kirchenbund die Machtpositionen nach den vorhandenen Machtverhältnissen verteilt. Wir sind überzeugt, daß wir nicht nur in unserem eigenen, sondern im Namen zahlreicher Brüder in den unierten und lutherischen Kirchen gegen eine Entwicklung protestieren, die die EKD zu einer kirchlichen Scheingröße stempelt und von ihr lediglich eine formale Bürokratie übrig läßt.“ Der am 29. und 30. Juni in Halle a. d. S. versammelte Bruderrat der „Bekennenden Kirche“ schloß sich der Warnung seines Vorsitzenden D. Niemöller an, die dieser kurz vorher in Frankfurt gegen die Gefährdung der Einheit der EKD durch einen überbetonten Konfessionalismus ausgesprochen hatte. Auf der anschließenden Tagung des Rates der EKD wurde Oberkirchenrat Dr. Benn, Berlin, der vornehmste juristische Berater von Bischof Dibelius, zum Vizepräsidenten der Kanzlei der EKD ernannt und ihm die Leitung der Zweigstelle für die Ostzone übertragen.

VELKD und Ökumene

Über die Frage der Vertretung der deutschen lutherischen Kirchen im „Ökumenischen Rat“ schreibt das Organ der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD), die „Evangelisch-Lutherische Kirchenzeitung“, vom 15. Juni 1949, daß diese Frage „noch immer nicht einer endgültigen Klärung zugeführt ist. Der Beschluß der Generalsynode in Leipzig, den Gliedkirchen der VELKD zu empfehlen, ungeachtet ihrer eigenständigen Vertretung im Weltkirchenrat diese Vertretung durch die EKD, d. h. durch das Kirchliche Außenamt sich vollziehen zu lassen, ist von mancher Seite mißverstanden worden. Der Rat der EKD, dem die dem Leipziger Beschluß folgenden Erklärungen der Gliedkirchen der VELKD zuzingen, hat bisher eine Stellungnahme vermieden. Die hier und da auftauchende falsche Version, als hätten die lutherischen Kirchen mit dem Leipziger Beschluß auf eine selbständige Mitgliedschaft im Ökumenischen Rat verzichtet und seien nicht als lutherische Kirchen, sondern nur durch die EKD in demselben vertreten, veranlaßt die Leitenden Gremien der VELKD zu der ausdrücklichen Feststellung, daß die Deutung des Leipziger Beschlusses im Kreise der VELKD in dem Sinne eindeutig klar ist, wie er von Anfang an gemeint war: die lutherischen Kirchen als solche sind Mitglieder des Weltrates, sie sind es also nicht durch die EKD, lassen sich jedoch durch die EKD im Weltrat vertreten“.

Evangelische Kirchentagungen in der Ostzone

Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland war in den ersten Julitagen in Dresden zu einer seiner regelmäßigen Besprechungen versammelt, die im wesentlichen der Erledigung laufender Geschäfte und der Regelung personeller Fragen galten. Der Leiter der Berliner Stelle der Kirchenkanzlei, Oberkonsistorialrat Dr. Ernst Benn,

wurde mit der Dienstbezeichnung Vizepräsident zum ständigen Stellvertreter des Präsidenten Brunotte ernannt, vereinigt also in Zukunft seine Berliner Tätigkeit mit der in der hannoverschen Gesamtkanzlei.

Auch die vorausgehende Tagung des Reichsbruderrates der Bekennenden Kirche fand diesmal in der Ostzone, und zwar in Halle a. d. Saale, statt.

Die anglikanische Kirche und der Staat

Die anglikanische Kirche, „the Established Church of England“, ist seit ihrer Gründung durch Heinrich VIII.

eine Einrichtung des englischen Staates. Sie genießt die Privilegien einer Staatskirche, hat aber dafür auch das englische Parlament als ihre höchste gesetzgebende Gewalt anzuerkennen, selbst in den Angelegenheiten des Glaubens und der Liturgie. Es sind erst zwanzig Jahre her, daß die von der Kirche entworfene Revision des „Common Prayer Book“ durch das Parlament zurückgewiesen wurde. Auch die administrative Gewalt liegt in letzter Instanz beim Staat. Die Regierung ernennt die Bischöfe. Und der Königliche Gerichtshof revidiert die Urteile der kirchlichen Gerichte.

Dieser Zustand hat etwas Anachronistisches an sich, seitdem die Mehrheit des Volkes und der Volksvertreter sich von der Staatskirche gelöst hat. Die Statistik beweist, wie weit dieser Vorgang vorangeschritten ist. England hat 39 Millionen Einwohner. Die anglikanische Kirche aber zählte im letzten Jahr nur 1,8 Millionen Osterkommunionen. Das ist freilich kein Maßstab, um die Bedeutung der Kirche im öffentlichen Leben des Landes richtig einzuschätzen. „Ihre geschichtliche Ehrwürdigkeit und ihre tief in das Musterbild englischen Lebens gewobenen Züge verleihen ihr eine einzigartige Rolle“, schreibt „The Christian Century“ (30. 3. 1949).

Seit diesem Frühjahr sind die Bestrebungen wieder aufgelebt, dem Verhältnis von Staat und Kirche eine Form zu geben, die der veränderten religiösen Lage entspricht, ohne die Geschichte zu verleugnen. Auf der Tagung der Church Assembly am 25. Februar d. J. wurde zum ersten Mal ein Antrag auf Trennung der Kirche vom Staat eingebracht. Er fand keine Annahme. Statt dessen wurde eine Resolution gefaßt, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß die (staatliche) „Einsetzung der Kirche von England als ein Akt der Anerkennung der Religion durch die Nation“ betrachtet werden muß. Jedoch sei die gegenwärtige Form des staatlichen Kirchenregimes „ein Hindernis für die Erfüllung der Verantwortlichkeit der Kirche als geistlicher Gesellschaft“. Man empfindet es als unerträglich, daß Männer ohne persönliche religiöse Bindungen in wesentlichen kirchlichen Dingen zu entscheiden haben und sich dabei nur von der Rücksicht auf die repräsentative Funktion der Kirche im nationalen Leben bestimmen lassen, wenn nicht gar von noch weit unkirchlicheren Erwägungen. So hat z. B. die Regierung der anglikanischen Kirche in der Person des Bischofs Barnes von Birmingham einen Oberhirten aufgenötigt, dessen Glaubensüberzeugung zu erster Beanstandung seitens der Kirche Veranlassung gibt.

Deshalb treten besonders die jüngeren Mitglieder des anglikanischen Klerus zu einem guten Teil für die völlige Trennung vom Staate ein. Sie versprechen sich davon für die Kirche einen Gewinn an geistlicher Sendungstreue und echter Verbundenheit mit den Gläubigen. Hier-

gegen wurde auf der Kirchenversammlung geltend gemacht, daß die Initiative zur Trennung vom Staat ausgehen müsse und die Kirche ihre Verbindung mit dem Gemeinwesen nicht von sich aus aufgeben dürfe. Nun besteht keine Aussicht, daß das Parlament zu einer Aufhebung der traditionellen Bindungen schreiten wird, weil man staatlicherseits viel zu konservativ denkt und die geistlichen Anliegen viel zu wenig wichtig nimmt, als daß man um ihretwillen die Struktur der englischen Gesellschaft so tiefgreifend zu verändern wünschte.

Auch die maßgebenden Führer der Kirche wollen keine vollständige Trennung, wohl aber größere Freiheit. Sie erstreben das Recht zur Ernennung der Bischöfe und zur selbständigen Regelung des kirchlichen Lebens. Sie glauben, eine völlige Trennung würde den Eindruck erwecken, als sage sich England von der christlichen Religion los. Man hofft auf eine entgegenkommende Haltung des Staates. Wenn ein gewisses Maß von Autonomie für die Kirche nicht erreicht werden kann, fürchtet man, daß die Vertreter der Trennung von Kirche und Staat an Gewicht gewinnen könnten. Es wird erwartet, daß die Erzbischöfe von Canterbury und York mit Premierminister Atlee, der nach langen Jahren der erste gläubig anglikanische Premierminister Englands ist, dieserhalb informatorische Besprechungen führen und Zugeständnisse erreichen werden. Die englische Kirche ist die letzte, deren mittelalterliche Ehe mit dem Staat sich jetzt langsam zu lösen beginnt, obwohl die beiden Partner im ganzen genommen freundschaftlich zueinander stehen. Und es ist bezeichnend, daß die Kräfte der Kirche auf die Lösung drängen, wenn sie auch jetzt noch zurückgehalten werden. Aber sie empfinden, daß die Unterstützung der Kirche durch den Staat in der säkularisierten Welt unserer Tage erkaufte werden muß durch Kompromisse mannigfacher Art, die die apostolische Kraft der Kirche mehr lähmen als fördern. Wie könnte es auch anders sein. Eine Ehe der Kirche mit dem modernen Staat ist ja die offenbarste Mischehe, die man sich denken kann.

Um das Dogma des Ökumenischen Rates

In der ökumenischen Publizistik beginnt die Fortführung der Arbeit der

1. Sektion von Amsterdam über die Einheit der Kirche. Denn die nächste Weltkirchenkonferenz soll innerhalb des Ökumenischen Rates von der autonomen Bewegung „Faith and Order“ (Glaube und Verfassung) veranstaltet werden, deren Generalsekretär Oliver Tomkins ist. „Ecumenical Review“ Nr. 4 leitet das Gespräch mit einigen kritischen Aufsätzen zur dogmatischen Arbeit der Amsterdamer Konferenz ein, die den einzelnen Autoren nicht vorher zur Abgleichung untereinander bekannt gegeben werden konnten. Es kommen vor allem zu Wort Prof. Walter M. Horton als Sprecher der amerikanischen Freikirchen, ein lutherischer Vermittlungstheologe Prof. Regin Prenter, Dänemark, und der britische Anglikatholik Canon A. M. Ramsey.

Die Gegensätze der Methoden werden am besten durch Horton und Ramsey zum Ausdruck gebracht. Ausgehend von der Amsterdamer Unterscheidung zwischen „katholisch“-geprägten und protestantischen Kirchentypen (Herder-Korrespondenz Jhg. 3, H. 3, S. 131) meint Horton, man müsse jetzt sehen, „ob diese beiden Anliegen logisch in einer harmonischen Theorie von der Kirche — als Vorwort zu einem allgemeinen Unionsplan — versöhnt werden kön-

nen", oder ob sie nur als ein Paradox sich gegenseitig ausschließender Standpunkte zu vereinen sind. „Im letzteren Falle mag man weiter für die Wiedervereinigung der Christenheit beten oder hoffen, sie möchte entweder am Ende der Zeiten oder durch irgendeinen unerwarteten göttlichen Blitzstrahl inmitten der Geschichte sich ereignen, aber man könnte schwerlich weiter dafür planen oder für sie arbeiten.“ Horton meint nun, er könne die dogmatischen Gegensätze dadurch zur Einheit führen, daß er jede der in Amsterdam vorgelegten Lehren zum Wesen der Kirche gewissermaßen durch Übertreibung ihrer Prinzipien als einseitig widerlegt. Er glaubt, die 1948 in Südindien vollzogene Union zwischen Anglikanern und christlichen Freikirchen sei der Weg des Ökumenischen Rates. „Laßt die ‚Katholiken‘ (d. h. Anglikaner und Orthodoxe) nicht auf einem ‚historischen Episkopat‘ für eine wahre christliche Kirche bestehen, die Protestanten aber sollen bereitwillig diese oder jene durch die Zeit ehrwürdig gewordene Tradition als Geste der Versöhnung hinnehmen.“

Canon Ramsey will genau das Gegenteil. Er sieht den Wert der von der 1. Sektion in Amsterdam befolgten Methode darin, daß „die Methode der Synthese durch Zusammenfassung der höchsten gemeinsamen Tatbestände der verschiedenen Traditionen überhaupt keinen Boden gewann“. Man habe im Gegenteil endlich offenbar gemacht, daß es ein Irrtum war anzunehmen, wie 1937 in Edinburgh, es könnte in den zentralen dogmatischen Fragen eine Einigung geben, z. B. über Gott, Gnade, Inkarnation, Erlösung und Hl. Geist, während die Gegensätze hoffnungslos an der Frage von Kirche und Amt aufbrechen. Sektion 1 in Amsterdam hat vielmehr klargemacht, daß diese Gegensätze ihre Wurzel gerade in den fundamentalen Dogmen haben. Wie der orthodoxe Theologe Florowsky ist auch Ramsey der Meinung, die radikale Methode von Amsterdam einer Herausarbeitung der Gegensätze werde sich erst bewähren, wenn man sie weitertreibt. Allerdings müsse man dann nicht wie bisher den Fortschritt der ökumenischen Arbeit in der allmählichen Verminderung der anstehenden Unterschiede sehen, während die Liste der Übereinstimmungen stetig anwachsen. „Fortschritt wird eintreten als Ergebnis der Entschlossenheit, das Ausmaß dessen bloßzulegen, was an der Fülle christlicher Überlieferung verloren wurde... Das Wunder der Vereinigung wird sich als Folge einer radikalen theologischen Buße einstellen, die eine Erkenntnis unserer eigenen Bruchstückhaftigkeit einschließt“.

Der orthodoxe Protest

„Ecumenical Review“ Nr. 4 druckt jetzt die Stellungnahme des Metropoliten von Korinth in der griechischen Kirchenzeitung „Ekklesia“ ab, die zu der von uns bereits berichteten Apologie von Erzbischof Germanos geführt hatte (Herder-Korrespondenz Jhg. 3, H. 10, S. 472). Darin heißt es: „Es ist höchst bedauerlich, daß nicht in Amsterdam geschah, was auf den früheren Konferenzen von Lausanne und Edinburgh getan wurde, wo nämlich eine Erklärung abgefaßt wurde, in welcher die Orthodoxen vor der Vollversammlung ihre Ansicht von der Kirche und anderen Glaubenslehren klar und bestimmt darlegten und in welcher kategorisch festgestellt wurde, daß die Orthodoxe Kirche an der Versammlung nur soweit teilnimmt, als sie sich auf Fragen gemeinsamer Aktion und praktischer Dinge beschränkt... In aller Demut scheint es uns nötig, daß die Orthodoxen Kirchen so schnell wie möglich die Veran-

stalter der Vollversammlung (des Ökum. Rates) von ihrem Irrtum befreien sollten, als ob es den Orthodoxen freistünde, Mitglied eines Weltrates der Kirchen zu sein und auf gleichem Fuße auch an Versammlungen teilzunehmen, in denen dogmatische Fragen geprüft werden“.

Neben dieser negativen Stellungnahme, die in Parallele zu der Absage der Moskauer Synode gesetzt wird, zitiert das Organ des Ökumenischen Rates einen Aufsatz von Prof. G. Florowsky-Paris in der russischen Zeitung „The Church Messenger“ vom Mai 1949. Obwohl Florowsky der eigentliche theologische Mitarbeiter des Ökumenischen Rates für die Orthodoxen ist — was sein Gutachten im 1. Bande der Amsterdamer Dokumente beweist —, sagt er zur Bedeutung der Entscheidung der Moskauer Synode, an der sämtliche Orthodoxe Kirchen des Balkans außer der griechischen teilgenommen hatten, folgendes: „Es scheint, daß der Beschluß nur bedingungsweise erfolgt ist. Die ökumenische Bewegung wird in ihrer gegenwärtigen Form verworfen. Das erregt offensichtlich die Hoffnung, der Beschluß könnte in der Zukunft revidiert und ein Einvernehmen erzielt werden. In diesem Sinne ist der Beschluß in einigen Kreisen der ökumenischen Bewegung interpretiert worden. Ein sorgfältiges Studium der Resolution zwingt uns jedoch, solche optimistischen Ausdeutungen entschieden abzuweisen. Unter den Worten ‚in ihrer gegenwärtigen Form‘ haben wir die Organisation des Ökumenischen Rates zu verstehen, wie er jetzt existiert. Wir müssen die Moskauer Entscheidung als definitiv ansehen. In diesem Zusammenhang ist es bedeutsam festzustellen, daß der Moskauer Beschluß auf lange Zeit für die Mehrheit der Orthodoxen Landeskirchen die Möglichkeit einer Teilnahme an der ökumenischen Arbeit und der ökumenischen Bewegung ausschließt. Mit andern Worten, er beschränkt ernstlich die orthodoxe Beteiligung an der Bewegung...“

Zusammenschluß der Kongregationalisten

Delegierte der kongregationalistischen Denominationen aus 37 Ländern haben auf ihrer 6. internationalen Konferenz in Wellesley (Mass. USA) vom 17.—24. Juni einer Verfassung für den „Internationalen Rat der Kongregationalisten“ (International Congregational Council) zugestimmt. Die Versammlung behandelte die gleichen Fragen wie die Amsterdamer Weltkirchenkonferenz. Dr. Douglas Horton, Präsident der Kongregationalisten in den USA und Mitglied des Zentralausschusses des Ökumenischen Rates, wurde zum Moderamen gewählt, Dr. Sidney M. Berry, London, Führer der englischen Freikirchen, zum Sekretär. Der Leiter der englischen Kongregationalisten, Pfarrer Leslie E. Cooke, ebenfalls Mitglied des Zentralausschusses des Ökumenischen Rates, erklärte im Hauptgottesdienst zur Eröffnung: „Das christliche Denken von heute ist nur zu leicht der Anfechtung verfallen und der Alternative ausschließlich zwischen Christentum und Kommunismus gegenübergestellt... Sobald sie sich vor diesem Zwiespalt sieht, ist die Kirche versucht, ihre Zuflucht ins Überweltliche zu nehmen oder sich mit solchen Mächten zu verbünden, die besonders dazu geeignet scheinen, ihre Vorrechte zu schützen und ihr Weiterbestehen als Organisation zu gewährleisten. Die Aufgabe der Kirche ist es, einen dritten Weg zu finden, selbst auf die Gefahr hin, nicht verstanden zu werden und darum leiden zu müssen“.

Präsident Dr. Douglas Horton (nicht zu verwechseln mit seinem Bruder Professor Walter M. Horton) gab unlängst in der letzten Nummer der Zeitschrift „Christendom“ über die Bedeutung der Weltkonferenz von Amsterdam das bezeichnende Urteil ab, sie gehöre in die Reihe der großen Konzilien seit Nicäa, denn sie habe „die Häresie der non-cooperation“ verdammt. Aber würde nicht mit

dieser Übertragung säkularer Begriffe aus der Sprache der UNO gleichsam „cooperation and fellowship“ (Zusammenarbeit und Gemeinschaft) anstelle der Wahrheit und Einheit in Christus zum Dogma erhoben? Der Zusammenschluß der Kongregationalisten zu einer geschlossenen Gruppe im Ökumenischen Rat verstärkt naturgemäß ihren Einfluß und fördert weitere konfessionelle Zusammenschlüsse.

Der Papst spricht zu den Fragen der Zeit

Trost und Weisung für die Berliner Katholiken

Am Sonntag, den 17. Juni richtete der Heilige Vater an die Berliner Katholiken über den Vatikanseiner zu ihrem Katholikentag folgende Ansprache:

Geliebte Söhne und Töchter Berlins, der Mark und Pommerns!

Mit Ergriffenheit kommen Wir der Bitte eures Oberhirten, Unseres geliebten Sohnes Konrad Kardinal von Preysing, nach, Unser Segenswort an den Katholikentag zu richten, den die Gläubigen der Diözese Berlin als ersten nach langer Unterbrechung wieder feiern.

In der Zwischenzeit hat eure Stadt Schicksale geradezu apokalyptischer Furchtbarkeit über sich ergehen lassen müssen; erschütternde Greuel des Krieges und der Zerstörung sind in ihren Mauern Wirklichkeit geworden; an den Männern und Frauen, dem jungen Volk und den unmündigen Kindern der Stadt und der Provinz haben sie sich in allen nur denkbaren Formen verhängnisvoll ausgewirkt.

Im Jahre 1926 auf dem Märkischen Bekenntertag zu Tegel — jener strahlende Augustsonntag und die dichtgedrängten, frohbewegten Scharen der Katholiken auf dem Brunowplatz, Glaubensfreude und Glaubensmut auf der Stirn und im Auge, stehen Uns noch in lebendiger Erinnerung — sprachen Wir von der ins Gigantische wachsenden Industrie Berlins, von seiner materiellen Hochkultur und rastlosen Erzeugung immer neuer Diesseitswerte.

Wenn ihr heute den Blick über seine unabsehbaren Ruinenfelder schweifen laßt, ist sie da nicht, die einst himmelstürmende Weltstadt, wie ein schreckliches Mahnzeichen, in den Diesseitswerten nicht aufzugehen, in ihnen nicht das Letzte zu suchen? Es gibt nur ein Letztes: Gott und die restlose Hingabe an Gott.

Wir wollen aber nicht stehen bleiben bei den düsteren Erinnerungen der vergangenen Jahre. Diese Jahre haben auch wundersam Erhebendes gesehen: felsenfesten Glauben, der sich durch nichts, nicht durch Gewalt und nicht durch Zusammenbruch aller irdischen Hoffnungen, beugen oder brechen ließ; starkmütige Tugend, die auch den Tod nicht scheute, wo es um Gottes Gebot ging; Nächstenliebe, echt wie Gold, die sich in diesen Zeiten der Obdachlosigkeit, des Hungers und der Not in allen Formen glänzend bewährte; katholische Jugend, die unter Verzicht und Opfer Christus die Treue hielt genau so wie einstmals, als es eine Lust war, zur katholischen Jugend zu gehören;

fromme Eltern, welche die Gottesfurcht und den Gottesfrieden des christlichen Familienlebens durch diese Zeiten der Auflösung aller Ordnung und der scheinbaren Umwertung aller sittlichen Werte mit ruhiger Festigkeit hindurchretteten und die sich das Letzte vom Munde absparten, um ihren Kindern Gesundheit und eine glückliche Zukunft zu sichern. Gerade aus Berlin sind uns ergreifende Beispiele solcher Elternliebe berichtet worden; selbstlose Priester, die in diesen Jahren unsäglicher Not treu zu ihren Gläubigen standen, zu den Einheimischen und zu den zuwandernden Heimatvertriebenen, die ihnen Halt und Stütze waren und für die religiöse Betreuung ihrer weitverstreuten Herde keinen Weg und kein Wagnis scheuten, wenn sie auch oft, der eine nach dem andern, in voller Erschöpfung zusammenbrachen.

Wir freuen Uns, geliebte Söhne und Töchter, der Gelegenheit, euch Unseren väterlichen Dank aussprechen zu können für den Glauben und die Liebe, die Ausdauer und Geduld, mit denen ihr unter übermenschlichen Schwierigkeiten Gott und seinem Gebot, Christus und seiner Kirche die Treue bewahrt habt.

Die Zukunft steht noch verschleiert und verhüllt vor euch. Legt sie in Gottes Hand und haltet euch selbst an ihn! Sie mag dann bringen, was sie will, immer wird sich eine göttliche Verheißung an euch erfüllen. Sie lautet: „Denen, die Gott lieben, gereicht alles zum Besten“ (Röm. 8, 28), alles, mag es auch noch so schwer erscheinen.

Nehmt als Leitspruch mit in die Zukunft das erhabene Wort des hl. Johannes: „Gott ist die Liebe“ (1. Joh. 4, 16)! Denn fürwahr: das Werk der Zerstörung, das die vergangenen Jahre hinterlassen, die Not und Verarmung, die sie geschaffen, die Entfremdung und der Haß, die sie aufgetürmt haben — das alles kann nur überwunden werden von Menschen, die jetzt erst recht und unverbrüchlich an die Barmherzigkeit und Liebe Gottes glauben und die selbst der Gottesliebe voll sind. Das ist die Liebe, die alles erträgt, die alles glaubt, alles hofft, alles duldet (vgl. 1. Kor. 13, 7), die zu den größten Opfern befähigt, die allein imstande ist, immer wieder zu verzichten, zu helfen, zu verzeihen.

Diese Liebe baut die Familien auf und sichert die eheliche Treue. Sie macht das Denken wach und empfindsam für die Forderungen der sozialen Gerechtigkeit, die immer gegolten haben, heute aber dringender denn je Erfüllung heischen. Gemeinwesen und Staaten mögen in den Funda-